



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

## Die politische Lage in Deutschland Keine neuen Schulden mehr Erste Lesung des Bundeshaushalts 2015

Mit der vergangenen Sitzungswoche starteten wir in die zweite Hälfte des parlamentarischen Jahres. Dies war ein gelungener Auftakt, der von dem Willen und der Kraft der Unionsfraktion zeugte, sich weiter erfolgreich für die Menschen in unserem Land einzusetzen. Dabei verkennen wir nicht, welche Risiken insbesondere die außenpolitischen Entwicklungen für unser Land mit sich bringen.

Dies gilt für die Herausforderung in Nahost. Die Verbrecher des Islamischen Staates (IS) haben eine ganze Region verheert. Moslems, Jesiden, Christen und Juden, Ausländer und Inländer, Frauen, Männer und Kinder – alle, die dem IS im Weg sind, werden gnadenlos und brutal terrorisiert. Angesichts der schrecklichen Verbrechen wie der Vertreibung Hunderttausender wird allein zusehender Pazifismus den Menschen nicht helfen. Der IS-Terror ist eine grundsätzliche Kampfansage an unsere menschlichen Werte. Der IS ist weder für Verhandlungen zu gewinnen noch mit den Mitteln herkömmlicher Abschreckung von seinem Eroberungswahn abzuhalten. Wir können uns nicht wegducken. Deswegen ist es richtig, dass Deutschland in dieser Ausnahmesituation Ausrüstung und Waffen in den Irak liefert, damit die Kämpfer der kurdischen Regionalregierung gegen den IS bestehen können. Um das Schicksal der unzähligen Flüchtlinge in der Region zu lindern, bleiben wir und auch die Europäische Union aufgerufen, alle notwendige humanitäre Hilfe zu leisten.

Auch die expansive Politik Russlands beschäftigt uns weiterhin. Nicht allein aus humanitären Erwägungen in Anbetracht der Menschen, die sich in der Ostukraine plötzlich inmitten einer kriegerischen Auseinandersetzung wiederfinden. Wir müssen darüber hinaus auch mit Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land rechnen, wenn das russische Vorgehen weitere Sanktionen nötig macht. Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass die Bewahrung von Freiheit und Völkerrecht einen ökonomischen Preis kosten kann. Das heißt mit Blick auf die parlamentarischen Haushaltsberatungen für das Jahr 2015, die wir in dieser Woche begonnen haben, dass wir eher mit negativen Auswirkungen als mit positiven Überraschungen zu rechnen haben. Wir alle sollten keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass wir diese Lasten zu tragen bereit sind.

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und zur Finanzplanung 2018 ist mehr als ein Buch voller Zahlen – er hat historische Bedeutung. Wie versprochen, sinkt die Nettoneuverschuldung 2015 weiter, und zwar um 6,5 Milliarden Euro. Zum ersten Mal seit 1969(!) werden wir so komplett ohne neue Schulden auskommen und wenden uns damit endlich von der Politik des Schuldenmachens ab. Wir schaffen die *schwarze Null*, und zwar ohne Steuererhöhung. Damit steht unser Hauptziel, das von uns durchgesetzte Kernelement im Koalitionsvertrag, unmittelbar vor seiner Verwirklichung: Unsere Bundesregierung kommt mit dem Geld aus, das sie hat. Das ist der beste Beitrag zur Generationengerechtigkeit und ein wesentlicher Bestand-

teil unseres Profils in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Darauf können wir stolz sein.

Mit großem Abstand halten wir zudem die nationalen und europäischen Defizit-Regeln ein. Deutschland wird damit seiner Vorbildrolle in Europa nachhaltig gerecht. So sorgt unser Finanzplan bis 2018 für die Verstetigung der *schwarzen Null*. So können wir jetzt auch die gesamtstaatliche Schuldenstandquote bis 2017 auf unter 70 Prozent und in den nächsten zehn Jahren auf unter 60 Prozent reduzieren. Die Ausgaben des Bundes 2015 sollen nach dem Regierungsentwurf 299,5 Milliarden Euro betragen. Im Vergleich zum Vorjahr steigen sie um 3 Milliarden Euro bzw. ein Prozent. Die prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages mit einem Gesamtvolumen von mehr als 23 Milliarden Euro werden nunmehr im Detail veranschlagt und damit in die Praxis umgesetzt. Insbesondere werden die Länder und ihre Kommunen entlastet, um die Herausforderung bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser bewältigen zu können. In den anstehenden parlamentarischen Beratungen arbeiten wir entschlossen darauf hin, in einem unruhiger gewordenen wirtschaftlichen und geopolitischen Umfeld den letzten großen Schritt hin zur Nullverschuldung verwirklichen zu können.

Es konnte nur eine unionsgeführte Koalition sein, die die immer wieder diskutierte und von vielen nie für möglich gehaltene *schwarze Null* zur Realität macht. Grundlage dieses Erfolgs ist unser unbeirrtes Festhalten an der wachstumsorientierten Konsolidierung auch gegen Widerstände. Trotzdem ist der Haushalt 2015 kein Sparhaushalt – im Gegenteil. Wir nutzen die von uns in den vergangenen Jahren erarbeiteten Freiräume, um Akzente bei Bildung und Forschung, in der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur oder durch effektive Entwicklungszusammenarbeit zu setzen.

Von besonderer Bedeutung wird dabei auch der digitale Wandel sein. Er ist für die Wirtschaft von heute durchaus mit der industriellen Revolution aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zu vergleichen. Die Industrie steht dabei vor neuen Herausforderungen. Produktion und Produkte werden immer weiter digitalisiert. Diese neue Entwicklungsphase wird mit dem Begriff Industrie 4.0 beschrieben. Deutsche Unternehmen sind hier derzeit führend, auch und gerade weil in diesem Bereich sehr viel geforscht wird. Mit der „digitalen Agenda“ stellt die Bundesregierung auch die richtigen politischen Rahmenbedingungen, indem sie beispielsweise für flächendeckende Breitbandverbindungen sorgt, vor allem auch im ländlichen Raum. Denn Grundlage für die Digitalisierung aller Produktionsprozesse sind schnelle Datenleitungen. Aber auch die Datensicherheit muss verbessert werden. Auch hier ist der Staat gefragt, aber nicht nur er. Wir brauchen eine noch stärkere IT-Branche in Deutschland. Wir dürfen nicht von amerikanischen Großunternehmen wie dem Suchmaschinenbetreiber Google abhängig werden. Ein deutsches oder europäisches Google wäre ein Traum. Ihn zu realisieren ist sicher machbar. Das wird eine spannende Herausforderung für die Zukunft sein.

# Die Woche im Parlament

**Bundshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018.** Die parlamentarischen Beratungen des von der Bundesregierung vorgelegten Haushalts für 2015 begannen am Dienstag mit der Einbringung und Vorstellung des Entwurfs durch den Bundesfinanzminister. Bis Freitag wurden u.a. die nachfolgenden Einzelpläne diskutiert, wobei sich für einzelne Ressorts folgende Schwerpunkte festhalten lassen:

**Inneres.** Der Einzelplan weist 2015 Ausgaben in Höhe von 5,73 Mrd. Euro auf. Der größte Anteil entfällt weiterhin auf die Innere Sicherheit. Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) wird durch 50 zusätzliche Stellen gestärkt, um eine Beschleunigung der Asylverfahren zu erreichen. Bereits 2014 waren 300 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Die zusätzlichen Stellen werden solange im Haushalt verbleiben, wie das gegenwärtige Niveau der Asylanträge bestehen bleibt. Für Integrationskurse sowie aufgrund der weiterhin hohen Zahl syrischer Flüchtlinge werden insgesamt 49 Mio. Euro zusätzlich vorgesehen.

**Gesundheit.** Der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die sogenannten versicherungsfremden Leistungen, beläuft sich auf 11,5 Mrd. Euro. Seine Absenkung über 2,5 Mrd. Euro wird durch eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen. Die positive Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung hat zu einer Liquiditätsreserve von 13,6 Mrd. Euro geführt.

**Wirtschaft und Energie.** Der Etat soll 7,1 Mrd. Euro betragen. Die Ausgaben für Wirtschafts- und Technologieförderung werden auf hohem Niveau fortgeführt. An den im Koalitionsvertrag vereinbarten zusätzlichen 3 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung ist das Ressort 2015 in einem Umfang von rund einem Viertel beteiligt. Das *Zentrale Innovationsprogramm für den Mittelstand* (ZIM) wird auf 543,5 Mio. Euro aufgestockt und verstetigt. Die Bedeutung der Gemeinschaftsaufgabe „*Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur*“ wird durch die Erhöhung der Ausgaben um 30 Mio. Euro gegenüber dem Finanzplan unterstrichen. Damit wird ein weiterer Schritt der im Koalitionsvertrag vereinbarten Anhebung der Gemeinschaftsaufgabe vollzogen.

**Verteidigung.** Die für den Verteidigungshaushalt vorgesehenen Ausgaben betragen im Regierungsentwurf 32,3 Mrd. Euro. Bis 2018 sollen diese Mittel auf 32,9 Mrd. Euro ansteigen. Die vorgesehenen Ausgaben für militärische Beschaffungen betragen 2015 rund 4,4 Mrd. Euro und sollen bis 2018 auf 5 Mrd. Euro ansteigen.

**Bildung und Forschung.** Die Zukunftsbereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung haben weiterhin hohe Priorität. Der Etat steigt 2015 im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,3 Mrd. auf 15,3 Mrd. Euro an. Der Bund entlastet die Länder bei der Finanzierung von Studienplätzen und beim Ausbau der frühkindlichen Betreuung. Zudem übernimmt er die vollständige Finanzverantwortung für das *BAföG*, wodurch die Länder dauerhaft um 1,17 Mrd. Euro pro Jahr entlastet werden. Es ist vereinbart, dass sie die frei werdenden Mittel vollständig für Hochschulen und Schulen verwenden. So wird in dieser Legislaturperiode ein weiterer Schub an Investitionen im Bildungsbereich von insgesamt 6 Mrd. Euro möglich.

**Arbeit und Soziales.** Die Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung sind auch 2015 der größte Ausgabenposten im Bundshaushalt. Sie belaufen sich auf 84,9 Mrd. Euro. Seit 2014 erstattet der Bund den Kommunen die vollständigen Nettoausgaben im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dafür sind 2015 rund 5,9 Mrd. Euro veranschlagt. Die Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung steigen gegenüber dem geltenden Finanzplan um 1,6 Mrd. auf 23,8 Mrd. Euro. Hier gehen leicht erhöhte Annahmen bei Arbeitslosenzahlen und Regelbedarfsanpassungen ein, ebenso zusätzliche Entlastungen der Kommunen. Die Bundesagentur für Arbeit wird voraussichtlich Überschüsse erzielen und ihre allgemeine Rücklage in Höhe von 2,4 Mrd. Euro weiter aufbauen können. Alles in allem wächst der größte Einzelplan um 2,3 Prozent auf 124,8 Milliarden Euro an.

**Ernährung und Landwirtschaft.** Der Regierungsentwurf sieht Ausgaben von 5,3 Mrd. Euro vor. Davon entfallen 3,7 Mrd. Euro auf die soziale Flankierung des Strukturwandels in der Landwirtschaft. Die Gemeinschaftsaufgabe „*Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes*“ erhält für die agrarstrukturelle Entwicklung Bundesmittel in Höhe von effektiv 600 Mio. Euro. Damit leistet der Bund auch künftig einen maß-

geblichen Beitrag zur zielorientierten Unterstützung ländlicher Regionen. Zudem wird ein neues „*Bundesprogramm Ländliche Entwicklung*“ aufgelegt, das einen Ansatz von jährlich 10 Mio. Euro erhält.

**Familie, Senioren, Frauen und Jugend.** Der Etat steigt auf 8,4 Mrd. Euro. Der weitaus größte Anteil entfällt mit 5,4 Mrd. Euro auf das Elterngeld, bei dem sich die Lohnsteigerungen niederschlagen. Mit Einführung des Elterngelds Plus und des Partnerschaftsbonus ab Juli 2015 wird eine Teilzeittätigkeit während des Elterngeldbezuges gefördert. Überdies setzt die Einführung von vier Partnerschaftsmonaten Anreize für gemeinsame Betreuung von Kleinkindern sowie für Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Bei der stufenweisen Einführung des Betreuungsgeldes umfasst die Anzahl der berechtigten Kinder 2015 erstmals zwei nahezu vollständige Jahrgänge. Hierfür ist 1 Mrd. Euro gegenüber 515 Mio. Euro im Jahr 2014 vorgesehen.

**Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.** Für 2015 sind Ausgaben in Höhe von rund 3,9 Mrd. Euro veranschlagt. Die 2014 auf 700 Mio. Euro angehobenen Mittel für die Städtebauförderung werden fortgeschrieben. Ebenso wird das 2014 neu aufgelegte 44 Mio. Euro-Zuschussprogramm „*Altersgerecht umbauen*“ der KfW-Bankengruppe fortgeführt. Für die im Koalitionsvertrag angekündigte Wohngeldreform wird finanzieller Spielraum geschaffen, indem der Ansatz für Wohngeldausgaben trotz degressiver Kostenentwicklung auf dem Niveau von 630 Mio. Euro pro Jahr fortgeführt wird.

**Verkehr und digitale Infrastruktur.** Die Ausgaben des Regierungsentwurfs belaufen sich auf rund 23,1 Mrd. Euro. Rund 55 Prozent davon (12,8 Mrd. Euro) entfallen auf Investitionsausgaben. Die Investitionen für Straße, Schiene und Wasserstraße sowie den Kombinierten Verkehr liegen deutlich oberhalb der bisherigen Finanzplanung und steigen auf 10,8 Mrd. Euro. Im Koalitionsvertrag wurden für diese Legislaturperiode zusätzliche 5 Mrd. Euro für öffentliche Verkehrsinfrastruktur beschlossen. Davon sollen im kommenden Jahr 1,0 Mrd. Euro eingesetzt werden.

**Schlussrunde.** Nachdem die Plenaraussprachen über die Schwerpunkte eines jeden Einzelplans stattgefunden haben, wird am Ende der Sitzungswoche der Gesetzentwurf für den Bundshaushalt 2015 an die Ausschüsse überwiesen. Dort beginnt die Detailarbeit. Die endgültige Entscheidung, wofür der Bund 2015 Geld ausgeben kann und soll und wofür nicht, trifft der Deutsche Bundestag in seinen abschließenden Beratungen im November.

## Daten und Fakten

**Fokus Pflege.** Gegenwärtig sind in Deutschland 2,6 Mio. Menschen pflegebedürftig. Davon werden mehr als zwei Drittel (70%) zu Hause gepflegt. Infolge des demografischen Wandels wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 auf schätzungsweise 3,5 Mio. erhöhen. Im Hinblick auf diese Entwicklung arbeitet die Koalition an der Stärkung der Pflege: Noch in diesem Jahr sollen die Leistungen der Pflegeversicherung um insgesamt 2,4 Mrd. Euro verbessert werden. Dabei steigen die meisten Leistungsbeträge pauschal um 4%. Auch der Zuschuss für die altersgerechte Umrüstung der eigenen vier Wände wird um 1.600 Euro auf dann bis zu 4.000 Euro angehoben. Davon profitieren Pflegebedürftige und Angehörige. Gleichzeitig wird die Finanzierungsgrundlage der Pflegeversicherung gestärkt. Neben einer Beitragserhöhung um 0,3 Prozentpunkte wird ein Pflegevorsorgefonds bei der Bundesbank angelegt, der die Beitragssätze stabilisiert, wenn in 20 Jahren die geburtenstarken Jahrgänge ins Pflegealter kommen.

(Quelle: Bundesministerium für Gesundheit)

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**

Dr. Mathias Middelberg MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)

Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

*Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Informativ-  
on. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung  
verwendet werden.*